

# Budget: Viel Geld, zu wenig Wille

## Überblick

Die am 07. Jänner 2020 angelobte Regierung hat viel vor. Die Koalition aus Volkspartei und Grünen hat auf 326 Seiten ihr Regierungsprogramm vorgelegt. Viele Ziele sind ambitioniert, etwa die Klimaneutralität ab 2040 oder die Steuerentlastung in Richtung einer Steuer- und Abgabenquote von 40 Prozent der Wirtschaftsleistung. Diese Vorgaben werden das Budget beeinflussen und in einigen Fällen zu deutlichen Mehrausgaben oder Steuersenkungen führen. Die großen Ziele – ein ausgeglichener Haushalt, eine sinkende Steuerlast und Zukunftsinvestitionen – sollen aber gleichzeitig erreicht werden. Das ist aus heutiger Sicht ohne Einsparungen an anderen Stellen unrealistisch. Einschnitte im „System Österreich“, das durch ineffiziente föderale Strukturen, ein sehr teures Pensionssystem und einen Förderdschungel gekennzeichnet ist, sind aber gar nicht oder nur vage vorgesehen.

Im Jahr 2018 erzielte der Gesamtstaat erstmals seit 1974 einen Überschuss, für das Jahr 2019 wird der Bund erstmals seit 1954 mehr Geld eingenommen als ausgegeben haben. Dazu haben neben der guten Konjunktur die niedrigen Zinsen sowie ein strenger Budgetvollzug beigetragen. Die geringen Zinskosten entlasteten in den vergangenen Jahren das Budget massiv. Der Zinsaufwand für den Bund lag im Jahr 2013 noch bei sieben Milliarden Euro, war 2018 bereits um rund 1,5 Milliarden Euro niedriger und 2019 werden sich die Steuerzahler eine weitere halbe Milliarde an Zinsendienst erspart haben.

## Handlungsempfehlungen

**Demografiekosten dämpfen:** Will die Regierung über die kommende Legislaturperiode hinaus das Ziel eines stabilen Haushalts absichern, wird man nicht umhinkommen, die Kostendynamik im Pensions-, Gesundheits- und Pflegebereich zu dämpfen. Das Pensionsantrittsalter sollte ab sofort jedes Jahr um zwei Monate ansteigen, bis das gesetzliche Pensionsantrittsalter bei 67 Jahren liegt. Danach sollte es an die Lebenserwartung gekoppelt werden.

**Jo-Jo-Effekt abschaffen:** Jahr für Jahr stellt die Inflation sicher, dass die Steuerlast selbst dann steigt, wenn real gar nicht mehr verdient wird. Diese steuerliche Mehrbelastung namens kalter Progression wird alle paar Jahre über eine Steuerreform zurückgegeben. Der Blick auf die Lohnsteuerbelastung lässt daher einen Jo-Jo-Effekt erkennen. Die Abschaffung der kalten Progression würde den Druck auf Strukturreformen erhöhen, die politische Vermarktung von Mini-Entlastungen erschweren und die Kaufkraft der Bevölkerung nachhaltig stärken.

**Strukturreformen als Gegenfinanzierung:** Die föderalen Strukturen des Landes und die damit einhergehende oft unübersichtliche Mittelverteilung treffen den Kern des österreichischen Budgetproblems. Sie müssen daher prioritär angegangen werden. In den Jahren 2020/21 wird etwa ein neuer Finanzausgleich verhandelt, der eine große Chance bietet, die Verantwortlichkeit von Finanzierung und Ausgaben einander anzunähern. Die Einsparungsmöglichkeiten durch Strukturreformen sind so groß wie drei Steuerreformen.

**Ausgabenbremse anziehen:** Damit künftig in guten Jahren regelmäßig Überschüsse anfallen, braucht es eine glaubwürdige und strenge Ausgabenbremse. Ein Überschussziel, festgelegt für einen ganzen Konjunkturzyklus, wie in Schweden, sorgt dafür, dass das Land in Krisenzeiten dennoch handlungsfähig bleibt. In Österreich sollte ein Haushaltsplan für jeweils fünf Jahre den Ressorts die öffentlichen Gelder je nach Bedarf zuteilen.

## Das Budget der nächsten Jahre

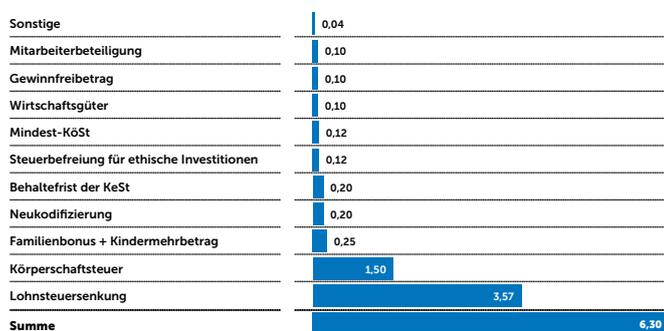
Auf 326 Seiten hat das neue türkis-grüne Regierungsteam hunderte Maßnahmen gelistet, die in den kommenden fünf Jahren die Politik in diesem Land prägen sollen. Auch wenn dabei mehrfach auf Evaluierungen und Arbeitsgruppen verwiesen wird, gibt es nach Analyse der Agenda Austria mehr als 150 konkrete Maßnahmen, die tatsächlich einiges an Geld versprechen. Insgesamt sind Steuer- und Abgabensenkungen enthalten, die zumindest rund 6,3 Milliarden Euro an jährlichen Entlastungen bringen würden. Auf der anderen Seite stehen Ausgabenerhöhungen, insbesondere im fusionierten Klima-, Umwelt- und Energieministerium, die sich auf rund 2,2 Milliarden Euro jährlich summieren.

Beide Zahlen sind Schätzungen, die auf den zahlreichen Versprechen im Programm basieren. Weil viele Ankündigungen vage formuliert sind, lassen sich für diese Maßnahmen konkrete Budgeteffekte nur schwer berechnen. Dazu kommt, dass die Regierung noch einen anderen Hebel in der Hand hat, um das Budget kurzfristig zu entlasten: Zeit. Finanzminister Gernot Blümel hat bereits angekündigt, dass die Lohn- und Einkommensteuerreform zeitlich gestreckt vollzogen wird. Ähnliches gilt für die Senkung der Körperschaftsteuer, die Reform der Kapiteletragsteuer und die Investitionen für den Nah- und Regionalverkehr – eine zeitliche Verzögerung würde den Budgetpfad deutlich beeinflussen.

Abb. 1: So plant die türkis-grüne Regierung zu entlasten.

### Geplante Entlastungen der Regierung

– in Milliarden Euro



Quelle: Eigene Berechnungen, Regierungsprogramm 2020–2024.



Besonders konkret sind jene Maßnahmen, die sich an der bereits im Vorjahr beschlossenen „Entlastung Österreich“ (damals noch unter türkis-blauer Regierung) orientieren. Damals wurde eine maximale Steuersenkung pro Jahr von 8,3 Milliarden Euro beworben (ab 2022). Der Sozialversicherungsbonus wurde nun per 01.01.2020 eingeführt.<sup>1</sup> Große Teile des alten Pakets blieben aber mit dem Koalitionsende von ÖVP und FPÖ auf der Strecke und werden nun von ÖVP und Grünen umgesetzt: Die erste Tarifstufe soll von 25 auf 20 Prozent gesenkt werden, die zweite und dritte von 35 und 42 auf 30 und 40 Prozent. Zusätzlich wird der Familienbonus von 1.500 Euro auf 1.750 Euro pro Kind und der Kindermehrbetrag von 250 Euro auf 350 Euro erhöht, ansonsten bleibt das Steuersystem beim Alten.

Finanzminister Gernot Blümel hat in einigen Interviews durchblicken lassen, dass es wieder eine Steuerreform auf Etappen geben werde. Im ersten Schritt könnte demzufolge der Steuersatz der Eingangstarifstufe von derzeit 25 auf 20 Prozent gesenkt werden.

Diese Entlastung bringt den Steuerzahlern nach Berechnungen der Agenda Austria rund 1,4 Milliarden Euro pro Jahr. Eine Senkung der nächsten zwei Tarifstufen auf 30 und 40 statt 35 und 42 Prozent würde inklusive Familienbonus und Kindermehrbetrag eine Entlastung von zusätzlich rund 2,4 Milliarden Euro bedeuten. Geplant sind noch weitere Steuersenkungen: Die Reduktion der Körperschaftsteuer (KöSt) wird Unternehmen ungefähr 1,5 Milliarden Euro bringen, die Abschaffung der Mindest-KöSt wird insbesondere junge Unternehmen mit knapp 120 Millionen Euro entlasten. Die Abschaffung der Kapitalertragsteuer auf ethische und nachhaltige Investitionen schlägt für Investoren und Sparer mit rund 120 Millionen Euro zu Buche. Durch die Wiedereinführung der Behaltefrist, nach deren Ablauf Wertpapiere steuerfrei verkauft werden dürfen, würden sich Anleger rund 200 Millionen Euro ersparen. Dazu kommen noch die Abschaffung der Bagatellsteuer auf Schaumwein und weitere Maßnahmen, die zur allgemeinen Senkung der Steuerlast beitragen.

*Die Senkung der Eingangstarifstufe auf 20 Prozent entlastet die Steuerzahler um 1,4 Milliarden Euro.*

<sup>1</sup> Der SV-Bonus entlastet die Bezieher kleiner Einkommen durch eine erhöhte Negativsteuer.

Die Effekte der Tarifreform werden allerdings merklich geschmälert. Denn Arbeitnehmer, Pensionisten und Selbständige werden Jahr für Jahr durch die kalte Progression über die normale Steuer hinaus belastet. Diese Inflationssteuer sorgt für steigende Steuersätze – ganz ohne Diskussionen darüber im Parlament oder in den Medien. Nehmen wir ein Beispiel: Eine Arbeitnehmerin, die 30.000 Euro brutto im Jahr 2016 verdient hat, zahlte zu diesem Zeitpunkt 2.528 Euro an Lohnsteuer. Wird ihr Verdienst laufend um die Inflation angehoben, bekommt sie heuer zwar um 6,8 Prozent mehr Lohn, zahlt aber um 20,3 Prozent höhere Steuern: 3.040 Euro, also rund 342 Euro „zu viel“.

Seit der letzten Steuerreform im Jahr 2016 summierte sich die kalte Progression bis dato bereits auf 3,7 Milliarden Euro. Wer die kumulierten Effekte dieser automatischen Steuererhöhung mit den Entlastungseffekten vergleicht, die eine gestaffelte Tarifreform bis 2023 entfalten könnte, wird ernüchert. Was nach spürbarer Entlastung klingt, ist unter dem Strich zu einem Teil eben nichts anderes als die Rückgabe der Inflationssteuer.

So wie es aktuell aussieht, plant die Regierung nicht, den Spitzensteuersatz von 55 Prozent ab einer Million Euro Einkommen auslaufen zu lassen. Das ist finanzpolitisch nicht nachvollziehbar, entspricht doch das zusätzliche Aufkommen dieses Steuersatzes weniger als einem Promille der Lohnsteuereinnahmen. In internationalen Vergleichen scheint Österreich damit sogar noch klarer als Hochsteuerland auf, als es ohnedies ist. Einzig als symbolpolitische Maßnahme ist dieser Spitzensteuersatz nachvollziehbar.

### Viele Ideen, die Geld kosten

Doch nicht nur Entlastungen werden Geld kosten. In den 326 Seiten stehen hunderte Maßnahmen, die an der einen oder anderen Stelle Geld vom Steuerzahler erfordern. Ganz offensichtlich ist dies beim Ausbau erneuerbarer Energien und weiteren Maßnahmen, die sicherstellen sollen, dass Österreich 2040 klimaneutral sein wird. Bis zu einer Milliarde Euro jährlich an Investitionszuschüssen oder Marktprämien ist etwa vorgesehen, um den Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern. Dazu zählen etwa Fotovoltaik-Anlagen, die es künftig auf einer Million Dächern in Österreich geben soll.

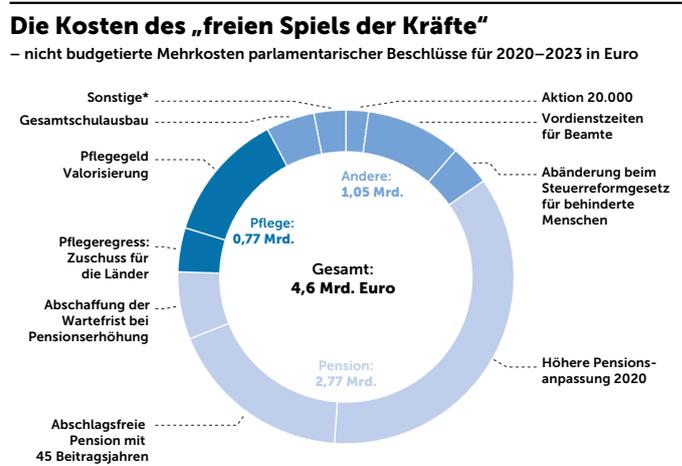
Gleichzeitig gibt es Finanzierungszusagen für den Ausbau des Nah- und Regionalverkehrs um je eine Milliarde Euro, was zu erheblichen Mehrkosten von 400 Millionen Euro pro Jahr für das Budget führt.

Hingegen dürften viele „Ökologisierungen“ für das Budget unerheblich sein. So sollen 2020 bereits in einem ersten Schritt Flugticketabgabe, Normverbrauchsabgabe, LKW-Maut, Dienstwagenprivileg und Pendlerpauschale ökologisiert werden, wie es im Regierungsprogramm heißt. Auch wenn sich diese Abgaben oder Ausnahmen zusammen auf einen Betrag von immerhin drei Milliarden Euro summieren, so dürfte eine aufkommensneutrale Ökologisierung – die also für starke Verschmutzer mehr und für saubere Nutzer weniger kostet – das Budget weder be- noch entlasten.

Diese Regierung erbt aber auch Mehrausgaben, die im „freien Spiel der Kräfte“, also mit wechselnden Mehrheiten im Parlament vor der Nationalratswahl 2019 beschlossen wurden. Werden diese Maßnahmen nicht wieder abgeschafft, dann wird die Regierung mit rund 4,6 Milliarden Euro an Mehrkosten zwischen 2020 und 2023 konfrontiert sein.<sup>2</sup>

Es ist damit ziemlich offensichtlich, dass eine offensive Steuerreform, die die Abgabenquote mittelfristig senkt, deutlich größer ausfallen müsste, als im vorliegenden Regierungsprogramm angenommen. Um die Belastung des Faktors Arbeit auf EU-Niveau zu bringen, wären unserer Schätzung nach neun Milliarden Euro nötig.

Abb. 2: Gestern beschlossen, morgen bezahlen.



Quelle: Eigene Berechnungen, BMF, Parlament.  
 \*Anmerkung: Darunter etwa der Papamonat oder die Entgeltfortzahlung für Freiwillige.



<sup>2</sup> Im Vergleich zum damaligen Budgetpfad im Stabilitätsprogramm.

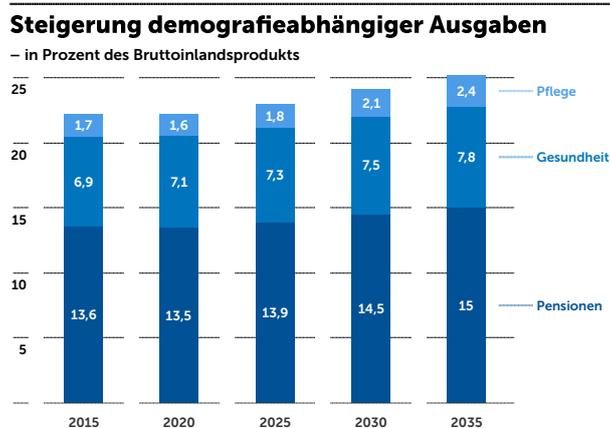
### Keine Einsparungen fixiert

Während das Regierungsprogramm im Hinblick auf Entlastungen sehr detailliert ist und immerhin umreißt, wo mehr ausgegeben werden soll, sind Einsparungen bei Ausgaben nirgends zu finden. Viele Strukturreformen, etwa im Bereich der Pflege, einer ökologischen Steuerreform oder des Föderalismus, werden an Arbeitsgruppen verwiesen. Zudem wird die Gefahr stark steigender demografiebedingter Kosten in den nächsten fünf bis 15 Jahren kaum angesprochen. Die größten Personengruppen sind heute zwischen 48 und 57 Jahren alt, sie werden also in den nächsten Legislaturperioden ins pensionsfähige Alter kommen.

Tatsächlich zeigt eine aktuelle Schätzung des Finanzministeriums, dass die Kosten für Pensionen (Pensionsversicherung plus Beamtenpensionen), Gesundheit und Pflege in den kommenden drei Legislaturperioden kräftig steigen werden – von aktuell 22,2 auf 25,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Drei Prozentpunkte des BIP entsprechen in heutigem Geldwert immerhin 12 bis 13 Milliarden Euro.

Unverändert groß sind aus Sicht der Agenda Austria die Effizienzpotenziale in der Republik. Eine Analyse der öffentlichen Ausgaben hat gezeigt, dass Österreich seine Effizienz dramatisch verbessern könnte. Ähnlich wie Finnland und Frankreich könnte der österreichische Staat seine Ausgaben deutlich senken, ohne dass die Leistungen des öffentlichen Sektors negativ beeinträchtigt wären.<sup>3</sup>

Abb. 3: Die altersbedingten Kosten werden weiter steigen.



Quelle: BMF (2019), Langfristige Budgetprognose.



Der Hauptgrund dieser Ineffizienz liegt im fortwährenden Wachstum der Staatsausgaben: So steigen die Löhne im öffentlichen Sektor deutlich schneller als in der freien Wirtschaft – dessen Produktivität allerdings nicht. Das wiederum macht staatliche Leistungen immer teurer, weil sich deren Stückkosten erhöhen.

Wenn die Preise im staatlichen Sektor ebenso stark gestiegen wären wie im Privatsektor, dann wäre der staatliche Konsum des Jahres 2016 gemessen am BIP um 4,18 Prozentpunkte niedriger ausgefallen. Anders gesagt: Hätten sich Löhne und Produktivität im öffentlichen Sektor genauso entwickelt wie im privaten, hätten sich die Steuerzahler allein im Jahr 2016 Ausgaben in der Höhe von 14,6 Milliarden Euro erspart.<sup>4</sup>

### Bei Reformmüdigkeit muss der Steuerzahler ran

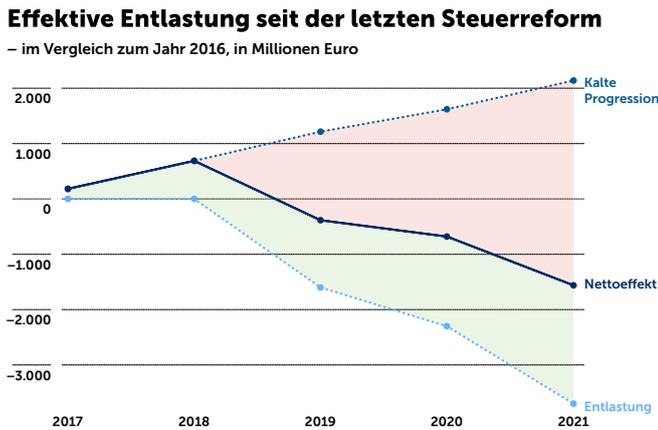
Ohne diese Reformen wird der neue Finanzminister so wie viele vor ihm vor allem darauf angewiesen sein, dass die Steuereinnahmen weiter sprudeln. Auch wenn sich die Konjunktur merklich eingetrübt hat, so hat der Budgetvollzug bei den Steuereinnahmen für das abgelaufene Jahr 2019 bis zuletzt eine hohe Dynamik gezeigt. Trotz der Einführung des Familienbonus stagnierte die Steuer- und Abgabenquote im Vorjahr bei 42,8 Prozent des BIP.

Dafür hat etwa die kalte Progression gesorgt. Diese ist unserer aktuellsten Schätzung zufolge auf der Einnahmenseite neben der dynamischen Entwicklung bei Körperschaft- und veranlagter Einkommensteuer der wesentliche Grund dafür, dass in den Vorjahren ein ausgeglichener Staats- oder Bundeshaushalt erreicht werden konnte. Bis zum Jahr 2022 werden sich die Mehreinnahmen durch die kalte Progression bereits auf 8,5 Milliarden Euro summiert haben. Das relativiert auch die Steuersenkungen, die sich bei der Tarifreform abzeichnen, erheblich (siehe Abbildung 5). Eine Gegenüberstellung der Mehreinnahmen seit 2016 und der Maßnahmen Familienbonus 2019, Sozialversicherungsbonus 2020 sowie Lohnsteuersenkung 2021 zeigt, dass die Steuerzahler unterm Strich kaum entlastet wurden.

<sup>3</sup> Vgl. Christl et al. (2020).

<sup>4</sup> Vgl. Köppl-Turyna et al. (2017).

Abb. 4: Steuerzahler wurden seit der letzten Reform kaum entlastet.



Quelle: Eigene Berechnungen.



Die kalte Progression trifft jeden Steuerzahler. Die Belastung durch diese schleichende Steuererhöhung steigt mit dem Einkommen und der Zeit. Je länger das Steuersystem nicht an die Inflation angepasst wird, umso größer ist die jährliche Belastung, wie Abbildung 5 zeigt. So wird eine Person mit einem monatlichen Bruttolohn von 2.500 Euro im Zeitraum 2016 bis 2020 durch die kalte Progression mit 802 Euro belastet. 2022 liefert der gleiche Steuerzahler unfreiwillig 1.735 Euro an den Staat ab, also mehr als doppelt so viel.

Abb. 5: Die kalte Progression trifft jeden Steuerzahler deutlich.

### Was die kalte Progression den Einzelnen kostet

– Mehrbelastung seit 2016 durch die kalte Progression, in Euro

Gehalt*	bis 2020	bis 2022
1.500	606	1.300
2.500	802	1.735
3.500	1.148	2.484
5.000	1.148	2.484
6.500	1.200	3.072

Quelle: Eigene Berechnungen.

\*Anmerkung: Monatliches Bruttoeinkommen im Jahr 2020.  
Inflationsprognose für das Jahr 2020 1,5 Prozent, 2021 und 2022: 1,6 Prozent.



Auch an anderen Stellen ist das Steueraufkommen sehr dynamisch. Als Beispiel soll hier die Immobilienertragsteuer herausgegriffen werden. Nach der Abschaffung der Spekulationsfrist auf Immobilienverkäufe 2011 konnte der Staat aus der Immobilienertragsteuer als Teil der Einkommensteuer seit 2012 außerordentlich starke Zugewinne verzeichnen. Machte ihr Aufkommen im Jahr 2012 noch knapp 220 Millionen Euro aus, waren es im Jahr 2015 bereits 416 Millionen Euro.

<sup>5</sup> Vgl. Kucsera & Sustala (2019).

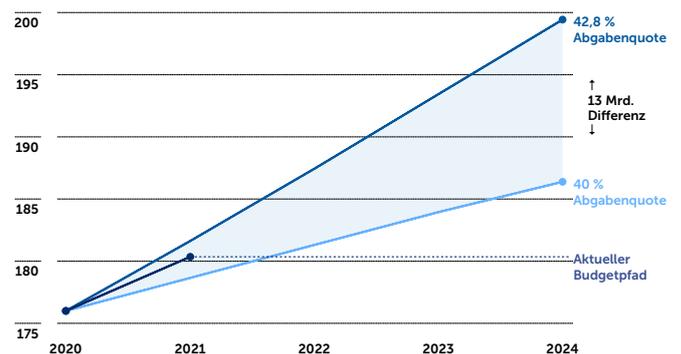
Als der Steuersatz mit der Steuerreform 2016 auf 30 Prozent angehoben wurde und sich der Immobilienboom in Österreich fortsetzte, stieg das Aufkommen noch einmal deutlich an. In den ersten elf Monaten des Jahres 2019 berichtete das Finanzministerium von einem Aufkommen von 710 Millionen Euro. Hochgerechnet dürfte sich das Steueraufkommen seit 2012 mehr als verdreifacht haben.

Angesichts der dynamischen Steuerentwicklung verdient ein Versprechen im Regierungsprogramm daher besondere Aufmerksamkeit: Türkis-grün kündigt an, die Steuer- und Abgabenlast gegen Ende der Legislaturperiode in Richtung 40 Prozent zu reduzieren. Doch was würde das unterm Strich bedeuten? Auf Basis der aktuellen Wachstumsprognosen bis 2024 des Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO wäre es demnach nötig, insgesamt Entlastungen im Umfang von 12 bis 13 Milliarden Euro zu präsentieren, um die Steuer- und Abgabenquote tatsächlich auf 40 Prozent zu senken. Die im Regierungsprogramm angekündigten rund 6,3 Milliarden Euro entsprechen ungefähr der Hälfte dieser Summe und werden die Quote im Jahr 2024 auf rund 41,4 Prozent drücken. Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Einnahmen bei gleichbleibender Abgabenquote von zuletzt 42,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und bei 40 Prozent zum Ende der Legislaturperiode.

Abb. 6: Um das 40 Prozent-Ziel zu erreichen müsste um 13 Milliarden Euro entlastet werden.

### Budgetauswirkungen durch das 40 Prozent-Ziel

– Einnahmen durch Steuern und Abgaben in Milliarden Euro



Quelle: AMECO, Wifo. Eigene Berechnungen, basierend auf der Wifo-Mittelfristprognose.



Es ist damit ziemlich offensichtlich, dass eine offensive Steuersenkung, die die Abgabenquote mittelfristig reduziert, deutlich größer ausfallen müsste, als im vorliegenden Regierungsprogramm angenommen. Für den Faktor Arbeit alleine müssten unserer Schätzung nach jährlich neun Milliarden Euro veranschlagt werden.<sup>5</sup>

## Handlungsempfehlungen

### Demografiekosten dämpfen

Will die Regierung über ihre eigene Legislaturperiode hinaus die Ziele eines stabilen Haushalts, einer sinkenden Abgabenlast im Vergleich zu heute und von Zukunftsinvestitionen für ein klimaneutrales Österreich 2040 erreichen, so wird man nicht umhinkommen, die Kosten im Pensions-, Gesundheits- und Pflegebereich zu dämpfen. Maßnahmen, die nur das effektive Pensionsantrittsalter anheben, verschieben lediglich die Kosten in die Zukunft. Doch die Österreicher sollen nicht nur länger für eine höhere Pension arbeiten, sondern aus demografischen Gründen auch länger für eine gleich hohe Pension. Aus diesem Grund sollte das Pensionsantrittsalter ab sofort jedes Jahr um zwei Monate ansteigen, bis das gesetzliche Pensionsantrittsalter bei 67 Jahren liegt. Danach sollte es an die Lebenserwartung gekoppelt werden.

### Jo-Jo-Effekt abschaffen

Die kalte Progression bewirkt eine wirtschaftspolitisch höchst unbefriedigende Situation. Jahr für Jahr sorgt die Inflation dafür, dass die Steuerlast auch dann steigt, wenn real gar nicht mehr verdient wird. Diese steuerliche Mehrbelastung wird alle paar Jahre über eine Steuerreform an die Steuerzahler zurückgegeben. Kalte Progression und Steuerreform erzeugen somit einen Jo-Jo-Effekt.

Die Vorteile der Abschaffung der kalten Progression sind groß, würde dadurch doch der Druck auf Strukturreformen erhöht, die politische Vermarktung von Mini-Entlastungen erschwert und die Kaufkraft der Bevölkerung nachhaltig gestärkt werden.

### Kräftiger entlasten

Der Faktor Arbeit sollte noch stärker als bisher angekündigt entlastet werden. Das wäre gerade im Rahmen einer grundlegenden Steuerstrukturreform wünschenswert – so versprach bereits die vergangene Regierung eine Neukodifizierung des Einkommensteuergesetzes. Eine Reduktion der Steuern und Abgaben auf Arbeit um insgesamt rund neun Milliarden Euro würde Österreich in die Nähe des EU-Schnitts führen.

### Strukturreformen als Gegenfinanzierung

Gerade auch Themen, die von der neuen Regierung nur evaluiert werden, treffen den Kern des österreichischen Budgetproblems, sie müssen daher prioritär angegangen werden. Dazu zählen etwa die föderalen Strukturen des Landes und die damit einhergehende oft unübersichtliche Mittelverwendung. Denn in der Vergangenheit haben sich vor allem die Ausgaben stark entwickelt. In den Jahren 2020/21 wird etwa ein neuer Finanzausgleich verhandelt, der eine große Chance bietet, die Verantwortlichkeit von Finanzierung und Ausgaben einander anzunähern. Statt bisher nur fünf sollten die Länder und Gemeinden mittelfristig zehn bis 15 Prozent ihrer Ausgaben mit eigenen Einnahmen finanzieren.<sup>6</sup> Wegen ineffizienter Strukturen ist es in Österreich weitgehend unnötig, von „Gegenfinanzierungsmaßnahmen“ zu sprechen. Die automatische „Gegenfinanzierung“ jeder Steuerreform, die kalte Progression, wirft hohe Mehrerträge für den Finanzminister ab. Und die Chancen für Strukturreformen sind nach wie vor bedeutsam, das Einsparungspotenzial ist wegen der Reformmüdigkeit der Vergangenheit mit rund 15 Milliarden Euro noch immer groß.

*Will die Regierung ihre Finanzziele erreichen, so kommt sie nicht umhin, die Kosten im Pensions-, Gesundheits- und Pflegebereich zu dämpfen.*

### Ausgabenbremse anziehen

Österreich hat ein Ausgaben- und kein Einnahmenproblem. Damit künftig in guten Jahren regelmäßig Überschüsse anfallen, braucht es eine glaubwürdige und strenge Ausgabenbremse. Vorbild könnte hier Schweden sein: Dort gibt es seit 2010 für den Bund und das Pensionssystem ein Überschussziel von einem Prozent des BIP. Weil diese Vorgabe für den Zeitraum eines ganzen Konjunkturzyklus gilt, ist das Land in Krisenzeiten dennoch handlungsfähig. Begleitet wird die Regel von einer Ausgabenbeschränkung. Hierbei wird im Parlament das Budget für mindestens drei Jahre unter der Prämisse des Überschussziels beschlossen.

<sup>6</sup> Vgl. Köppl-Turyna (2018).

## Literatur

- BMF (2019). Langfristige Budgetprognose.** Bericht der Bundesregierung gemäß § 15 Abs. 2 BHG 2013.
- Christl M., Köppl-Turyna, M., Kucsera, D. (2020).** Determinants of public-sector efficiency: decentralization and fiscal rules. KYKLOS – International Review for Social Sciences.
- Köppl-Turyna, M. (2018).** Echten Föderalismus braucht das Land. Policy Brief. Agenda Austria.
- Köppl-Turyna, M., Kucsera, D., Neck, R. (2017).** Growth of public consumption in Austria: testing Wagner’s law and Baumol’s cost disease. Working Paper No. 10. Agenda Austria.
- Kucsera, D., Sustala, L. (2019).** Damit sich Arbeit wieder lohnt. Agenda Austria.
- Lorenz, H., Kucsera, D., Nagl, W., Sustala, L. (2019).** Do it now! Eine Roadmap für Österreich. Agenda Austria.
- ÖVP, Grüne (2020).** Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020–2024.

**Agenda Austria  
Türkenstraße 25/1/10  
1090 Wien  
Austria**

**T +43 1 361 99 61-0  
office@agenda-austria.at**